

Walter Schilling

Ein verfehler Deal

Das Atomabkommen mit dem Iran

Nach langjährigen Verhandlungen haben die Außenminister der fünf Veto-Mächte des UN-Sicherheitsrats und Deutschlands einerseits und des Iran andererseits ein Abkommen über das Nuklearprogramm des Mullah-Regimes geschlossen. Doch ist die Euphorie, mit dem die schwierige Übereinkunft vor allem in Europa begrüßt wurde, berechtigt? Die Fakten sprechen eher gegen diese Einschätzung.

Die am 14. Juli 2015 in Wien präsentierte Vereinbarung ist nicht geeignet, das Nuklearprogramm des Iran zu beenden. Das Abkommen legitimiert vielmehr die nuklearen Bestrebungen des Mullah-Regimes und wird zudem mit der Aufhebung der Sanktionen dazu führen, dass der Iran die damit gewonnenen zusätzlichen Geldmittel für die militärische Unterstützung der gegen Israel kämpfenden islamistischen Terrorgruppen Haines und Hizbullah nutzen wird.

Wenngleich es sicherlich richtig war, alles zu versuchen, um das Mullah-Regime von seinem gefährlichen Vorhaben einer atomaren Aufrüstung abzubringen, ist das entscheidende Ziel nicht erreicht worden. Denn die vereinbarte teilweise Aussetzung des Nuklearprogramms und die Begrenzung der Urananreicherung schränken die Aktivitäten des Iran lediglich in einigen Bereichen ein. Auch das während der jüngsten Phase der Gespräche im Juni und Juli 2015 in Wien erreichte Zugeständnis der iranischen Seite, zwei Drittel der zur Anreicherung von Uran verfügbaren Zentrifugen außer Betrieb zu setzen und die Bestände an angereichertem Uran auf 300 Kilogramm zu reduzieren, löst das Problem nicht. Wesentliche für das Nuklearprogramm konstitutive Komponenten werden von der Übereinkunft überhaupt nicht erfasst. Auch die in dem Abkommen enthaltenen Auflagen zur Kontrolle und Überwachung der Nuklear-Anlagen und Militärbasen sind leicht zu umgehen. Wenn Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Zugang zu den kritischen Anlagen verlangen, haben die Iraner vielfältige Möglichkeiten, die Kontrollen zu verzögern oder gar zu verweigern. Im konkreten Fall können bis zu 24 Tage vergehen, bis die Inspektoren Zutritt erhalten. In dieser Zeit lassen sich »kritische« Elemente leicht verlagern oder Beweise vernichten. Die Iraner können sich zudem auf ihre langjährige Erfahrung stützen, nach der auch offene Verstöße gegen IAEA-Auflagen nicht geahndet wurden.

Das neue Atomabkommen verhindert keineswegs, dass die Arbeiten im Verborgenen weitergeführt und dabei die – schon lange genutzten – alternativen Optionen zur Fortsetzung des Nuklearprogramms noch ausgebaut werden. Rüstungsaktivitäten im eigenen Land zu verlagern und hinter scheinbar harmlosen Tarneinrichtungen zu verstecken sowie der intensive technologische Austausch mit dem langjährigen Partner Nordkorea sind dabei nur einige der Möglichkeiten. Letztlich erlaubt der Deal mit dem Westen es dem Iran, das Nuklearprogramm nahezu ungeschmälert fortzuführen. Die fatale Neigung der amerikanischen Regierung, unbedingt ein Abkommen zu-

stande bringen zu wollen, um nicht schon jetzt in einen gewissen Handlungszwang zu geraten, kam dem Mullah-Regime sehr entgegen. Es hat damit erneut Zeit gewonnen für weitere Rüstung und gleichzeitig in den westlichen Gesellschaften die Illusion genährt, der Konflikt könne allein mit diplomatischen Mitteln gelöst werden.

Doch entgegen aller Hoffnungen sprechen die Fakten der iranischen Nuklear- und Raketenrüstung eine andere Sprache. Angesichts der inzwischen erreichten Vielfalt und Redundanz in der militärisch nutzbaren Nukleartechnik kann man es sich sogar leisten, auf einzelne Komponenten zu verzichten. Geheimdienstserkenntnissen zufolge ist es iranischen Technikern gelungen, alle entscheidenden Elemente für eine nukleare Aufrüstung herzustellen. Es bleibt ihnen nur noch die Aufgabe, diese Einzelteile zusammenzufügen und als Waffensystem funktionsfähig zu machen. Die Iraner orientieren sich im Hinblick auf den Erwerb nuklearer Waffen am erfolgreichen Vorgehen ihrer nordkoreanischen Kollegen. Die politische Führung des Iran ist längst in der komfortablen Situation, ihren Fortschritt nach Belieben zu steuern. Sie kann entscheiden, wie schnell sie dabei vorgehen will, ob und wann sie den Besitz von Nuklearwaffen der Weltöffentlichkeit präsentieren will. Mit anderen Worten: Sie allein bestimmt das Gesetz des Handelns.

Dank ihrer geschickten Diplomatie, der auch in jüngster Zeit nicht geringer gewordenen westlichen Schwäche sowie der konsequenten politischen Unterstützung, die sie von Russland und China erfahren, fühlen sich die Iraner außerordentlich sicher. In Teheran glaubt man, dass den meisten westlichen Regierungen eine nüchterne Analyse der internationalen Politik fremd ist und ihre Handlungsbereitschaft zur Durchsetzung der eigenen vitalen Interessen weiter nachlässt. Mit Beschlüssen für eine begrenzte militärische Intervention oder auch nur der Lieferung von Waffen an befreundete Regierungen im Nahen Osten tut man sich in manchen westlichen Ländern sehr schwer. Frühere Fehlschläge in Afghanistan, der zögerliche Einsatz gegen das beständige Vordringen islamistischer Terrorgruppen vor allem in Afrika und im Nahen Osten sowie die Hinnahme des mit dem Iran fest verbundenen Assad-Regimes in Syrien scheinen die iranische Auffassung nur zu bestätigen. Dementsprechend geht man in Teheran davon aus, dass sich die westlichen Demokratien nach einer künftigen Präsentation iranischer Nuklearwaffen ähnlich hilflos erweisen werden wie im Zuge der langjährigen diplomatischen Bemühungen zu Aufgabe des Nuklearprogramms. Dass auch die Weltmacht USA nicht militärisch gegen Nordkorea vorgeht, obwohl dort eigene Atomwaffen entwickelt und immer wieder nukleare Sprengköpfe getestet werden, verstärkt die Einschätzung des Mullah-Regimes, es werde seine Nuklearpolitik auch weiterhin ungestraft fortsetzen können.

Nichts als politische Tagträumerei ist es, wenn deutsche Politiker und Journalisten in Aussicht stellen, der Iran werde durch den nach dem Atomabkommen erwarteten Aufschwung des Handels mit westlichen Ländern liberaler bzw. moderner werden. Die uneingeschränkte Macht im Iran liegt weiter bei den konservativen Kräften und den Revolutionären Garden, und deren Position ist und bleibt von religiös-ideologischer Aggression geprägt. So hat der Oberste Geistliche Führer des Iran, Ajatollah Ali Chamenei, gleich nach dem Abschluss des Abkommens mit aller Klarheit verkündet, dass »Israel und die USA weiterhin Todfeinde« bleiben werden. Und am 21. Juli 2015 wies Irans

Außenminister Sarif in einer Rede vor dem iranischen Parlament die Forderung westlicher Politiker barsch zurück, nunmehr die Existenz Israels nicht länger in Frage zu stellen.

Anders als in den meisten europäischen Ländern und in Kreisen der amerikanischen Regierung macht man sich in Israel über die Folgen der politischen und strategischen Entwicklung keine Illusionen. Nuklearwaffen in iranischer Hand stellen eine unmittelbare Bedrohung der Existenz des israelischen Staates dar. Diese Einschätzung wird von fast allen politischen Kräften in Israel geteilt. Für die israelische Regierung rückt folgerichtig die Frage in den Vordergrund, wie man verhindert, dass das Mullah-Regime im Iran seine atomaren Ambitionen verwirklichen kann.

Die altbekannten Denkmuster der iranischen Führungselite und die ebenso oft bewiesenen Verhaltensweisen der Regierung in Teheran gestatten es keiner westlichen Regierung, vor allem aber nicht der israelischen, sich auf die abschreckende Wirkung der eigenen Atommacht zu verlassen und permanent unter der direkten Bedrohung eines Angriffs mit nuklearen Waffen zu leben. Die transzendentalen Grundlagen, mit denen das Mullah-Regimes sein Handeln legitimiert, verhindert, dass die in anderen Konfliktsituationen (wie etwa dem Ost-West-Konflikt) letztlich erfolgreichen Methoden und Strategien auf die Situation im Nahen Osten übertragen werden können und man auf ihrer Basis nach einem für alle Seiten akzeptablen Modus Vivendi suchen kann. Angesichts der unnachgiebigen Haltung Teherans werden diplomatische Vorkehrungen, wie z.B. Verträge, Kommunikationsnetzwerke etc. nicht geeignet sein, einen Nuklearstaat Iran einzuhegen oder dessen militärische Kapazitäten im Rahmen einer strategischen Rüstungskontrolle nach dem Muster der Verträge zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. Russland einzudämmen. Vor diesem Hintergrund kann die israelische Regierung ihre Hände nicht in den Schoß legen.